

Einleitung zur Tagung vom 15.02.20: Wie tagespolitisch darf die Kirche sein?

Es hat einige Jahrhunderte gedauert, bis in unserem Kulturkreis Kurie und Krone, weltliche Macht und geistliche Macht geklärt hatten, wer von beiden das erste und das letzte Wort hat. Kriege wurden darüber geführt, ob der Papst nun den Kaiser oder der Kaiser den Papst benennt.

Im säkularen Staat des christlich geprägten Westens ist die Ordnung inzwischen klar und akzeptiert, die Räume des Glaubens und die der Politik sind deutlich voneinander abgegrenzt. Es sei, so sagt der Politik- und Kulturwissenschaftler Hans Maier, in einzigartiger Weise dem Christentum zu verdanken, die archaische Einheit von Kult und Politik aufgelöst und die Herrschermacht, die sich als Allmacht vergötterte, entmythologisiert zu haben.

Aber selbstverständlich sind die beiden grossen Kirchen (evangelisch und katholisch) ein gesellschaftlicher und daher immer auch ein politischer Faktor.

Und selbstverständlich – nicht zuletzt aufgrund der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit – haben auch die Kirchen das Recht, sich öffentlich zu äussern und sich in den politischen Diskurs einzubringen – wann immer es ihnen passt und gleichgültig davon, ob es den einen gefällt und den andern missfällt!

Denn: Wenn sich die Kirchen in politische Debatten einmischen, dann erfreut und verärgert das je nach politischer Ausrichtung die einen oder die andern:

Teile der bürgerlichen Parteien geraten z.B. in der Zuwanderungsfrage in einen gewissen Konflikt mit den Kirchen, wenn diese eine Politik der offenen Grenzen verlangen. Wenn die Kirchen hingegen in Fragen der Familie oder des Lebensschutzes ihre Stimme erheben, reagieren linke Parteien in der Regel mit Kopfschütteln.

Die Bewertung der Kirchen von dem, was gut oder schlecht in der Tagespolitik sei, sorgt mit verlässlicher Regelmässigkeit für Irritationen und für den Unmut Andersdenkender.

Es sei - so heisst es auf der einen Seite - nicht hinzunehmen, dass sich einzelne Exponenten der Kirchen mit religiöser Autorität in die politische Arena und damit auch in die politische Nah-Auseinandersetzung hineinbegeben und so tun würden, als hätten sie einen höheren Wahrheitsanspruch.

Zudem - so lautet ein weiterer Vorwurf - befänden sich die Kirchen in einer einzigartigen Position: Sie würden mit gesinnungsethischen Maximalforderungen auftreten, ohne sich je daran messen lassen zu müssen, was am Ende – und unter den Zwängen notwendiger Kompromisse in der Tagespolitik - machbar und möglich sei.

Die Kirchen – so argumentiert nun die andere Seite - seien in der Pflicht, zu fundamentalen Fragen der Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts Position zu beziehen. Dies mache auch detaillierte Einlassungen notwendig und bedeute, dass sich die Kirchen auch in die kleinteilige Tagespolitik einmischten.

Viele in der Politik – mich eingeschlossen – wissen, dass politische Entscheidungen, auch wenn sie zuvor einer eigenen Gewissensprüfung unterzogen worden sind, irrtumsbehaftet bleiben. Politik handelt nicht nur von den „vorletzten“ Dingen, sondern sie kann nur „vorletzte“ Wahrheiten und Erkenntnisse verkünden.

Jeder verantwortungsbewusste Politiker und jede verantwortungsbewusste Politikerin wird sich deshalb hüten, quasireligiöse Programme zu verkünden und für den eigenen politischen Standpunkt höhere Mächte zu bemühen.

Reine Gesinnungsethik und die Anforderungen politischer Realitäten lassen sich nur schwerlich zusammenbringen. Wer sich mit kleinteiliger Tagespolitik auseinandersetzen muss/darf, macht die Erfahrung, dass moralische Eindeutigkeit in der Politik selten oder nie zu haben ist.

Geht ein neuer Riss durch die Kirchen? Müssen sich diejenigen als schlechtere Christen fühlen, die sich politisch anders positionieren als ihre Kirchenleitung? – so fragte die vor gut einem Jahr von Theologen und Theologinnen, von Politikern und Politikerinnen initiierte „Groupe de réflexion Kirche - Politik“.

Die „Groupe de réflexion“ suchte den Disput.... und fand ihn!

Die von ihr keineswegs erfundene, aber erneut und gezielt aufs Tapet gebrachte Frage, „Wie tagespolitisch darf die Kirche sein?“, liess die Wogen hochgehen und stiess eine breite Debatte an.

Diese Debatte führen wir hier und heute weiter und haken bei Persönlichkeiten aus der Politik, der Kirche, den Medien und bei Ihnen, meine Damen und Herren, nach:

- Mit welchem Mandat und mit welcher Expertise äussern sich die Kirchen in der jeweils konkreten politischen Sache?
- Was ist der spezifische Beitrag der Kirchen zur politischen Meinungsbildung?
- Braucht es in tagespolitischen Fragen überhaupt eine Orientierungshilfe vonseiten der Kirchenrepräsentanten?
- Wie lassen sich in dieser Sache christliche Gesinnung und die Anforderungen politischer Realitäten zusammenbringen?
- Und: Wie können politische Sachfragen von der Kirche aufgegriffen und in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, damit es nicht bei Parolen, Meinungsäusserungen und einem blossen Schlagabtausch bleibt?

Mit der heutigen Tagung machen wir es uns zur Aufgabe, zu einer neuen Debattenkultur beizutragen: eine Debattenkultur, in der Kontroversen ausgetragen werden und um einen Konsens gerungen wird.

Und:

Ganz in Anlehnung an die Streitfreudigkeit der theologischen Tradition laden wir Sie ein, herzlich zu disputieren und dadurch der Blasenbildung und der Polarisierung in Gesellschaft, Politik und Kirche entgegenzutreten.

BAZ/12.02.20